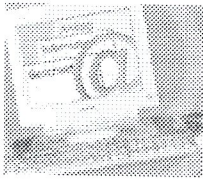


Die Zukunft von E-Government in Österreich

Oliver Weiss

10|2|2004



Das Bundesrechenzentrum (BRZ) - der zentrale IT-Dienstleister des Bundes - kooperiert künftig mit der Abteilung für Telekommunikation, Information & Medien der Donau-Universität Krems. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt in der Weiterentwicklung und Umsetzung von E-Government-Lösungen unter besonderer Berücksichtigung der Nutzerakzeptanz. Die entsprechende Rahmenvereinbarung wurde Anfang des Jahres unterzeichnet.

WO ERWARTEN BÜRGER E-GOVERNMENT-SERVICES

Wie BRZ-Geschäftsführer Mag. Harald Neumann erklärte, soll durch die Kooperation mit der Wissenschaft die bisher auf die Umsetzung konzentrierte Geschäftstätigkeit des BRZ nun um gemeinsame Forschungsaktivitäten in den Bereichen Markt- und Nutzerforschung, Technologie und neue Einsatzmöglichkeiten ergänzt werden. Zentral für das BRZ ist das Thema der so genannten "vertikalen Architektur", also der Frage, an welcher Stelle die Bürgerinnen und Bürger die elektronischen Services der öffentlichen Verwaltung erwarten und in Anspruch nehmen wollen.

Für Prof. Dr. Johann Günther, Leiter der Abteilung für Telekommunikation, Information und Medien, bietet diese Kooperation "die Chance, vorauszudenken und innovative Ansätze dank des umsetzungsstarken Partners BRZ auch in der Praxis zu realisieren". Über die Forschung hinaus ist auch eine Zusammenarbeit bei der Lehre geplant, etwa durch Vortragstätigkeiten von Spezialisten des BRZ im Rahmen des postgradualen Universitätslehrgangs "Professional MSc E-Government", eines europaweit einzigartigen universitären Weiterbildungsangebots in diesem Segment.

BÜRGERN DIE E-CARD ERKLÄREN

Ein Beispiel aus den derzeit laufenden Forschungsaktivitäten der Donau-Universität Krems in diesem Bereich ist laut Mag. Peter Parycek, Leiter des E-Government-Lehrgangs, etwa das Projekt "Kommunalnet.at", eine Intranet-Plattform für sämtliche 2.359 Gemeinden Österreichs, die alle gemeinderelevanten Informationen und Anwendungen zur Verfügung stellen soll. Ein weiteres, im Auftrag von Bundeskanzleramt, A.trust und Europay durchgeführtes Projekt ist die Entwicklung eines E-Learning-Moduls, das den BenutzerInnen die Funktionsweise der künftigen Bürgerkarte näher bringen soll.